

Vorwärts

Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hergt schweigt.

Keine Veröffentlichung der Amnestierten.

Im Gegensatz zu zahlreichen amtlichen Ankündigungen wird heute mitgeteilt, daß die Liste der Begnadigten nicht veröffentlicht werden soll. Man fügt hinzu, daß dies keineswegs geschehe, um etwa einen parteipolitischen Charakter der Amnestie des Reiches zu verdecken, denn neun Zehntel der begnadigten politischen Verurteilten gehörten zur Linken. Die Nichtveröffentlichung erfolge vielmehr zur Schonung vieler Verurteilter, die nicht wünschten, daß ihr Name in die Öffentlichkeit gelange. Die betreffende Reichsbehörde erklärte sich jedoch bereit, auf Anfragen darüber, ob dieser oder jener Verurteilte begnadigt sei, Auskunft zu geben, und sie erklärt gleichzeitig, daß Hötz nicht begnadigt worden ist, ebenso wenig die Rathenau-Mörder. Dagegen hätten zahlreiche verurteilte Kommunisten, auch die aus Württemberg unter anderem, sowie die wegen angeblicher Mittäterschaft bei der Vorbereitung zum Hochverrat verurteilten Verleger, Buchdrucker usw. bedeutende Strafmilderungen oder auch bedingte Begnadigung erhalten.

Aus der Festung Gollnow sind, wie die „Rote Fahne“ mitteilt, auf Grund der Reichsbegnadigung außer dem Leiter des Rührer-Büros, Major Buchrucker, die Kommunisten Laurischat, Redakteur Schulz aus Essen und Rinneberg entlassen worden.

Reichswehr gegen Reichsflagge.

Es wird noch untersucht.

Obwohl unser Hinweis auf die vorschriftswidrige Art der Beflaggung von Reichswehrgebäuden anlässlich der Hindenburg-Feier bereits gestern nachmittags erschienen ist, kann auch heute mittags noch eine Antwort des Reichswehrministeriums nicht mitgeteilt werden; denn wenn das Wehrministerium erkläre läßt, daß die Untersuchung samt Erhebungen und Ermittlungen noch im Gange sei, so ist das eben keine Antwort. An der Tatsache, daß auf Reichswehrgebäuden in Berlin nur die Reichsriegsflagge, aber nicht auch die Reichsflagge gehißt war, wird keine Untersuchung etwas ändern können; denn zehntausende Menschen haben das beobachtet. Und wenn es schon in Berlin so gewesen ist, dann kann man sich vorstellen, daß im Reich die Achtung der Reichswehrbehörden vor den Reichsflaggen und vor dem Erlosch des Reichswehrministeriums nicht größer ist.

Diskonterhöhung der Reichsbank.

Von 6 auf 7 Prozent.

In der heutigen Zentralausschließung der Reichsbank ist nach längerer Begründung durch den Reichsbankpräsidenten Schacht beschloffen worden, den Bankdiskont von 6 auf 7 Proz. und den Lombarddiskont von 7 auf 8 Proz. zu erhöhen. Der Diskontsatz der Golddiskontbank bleibt zunächst mit seinem bisherigen 6 Proz. bestehen. Die Börse verkehrte unter dem Eindruck dieser Nachricht sehr schwach bei äußerst geringem Geschäft.

Polen und der Gaskrieg.

Propaganda für Selbstschutz.

Warschau, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

In Warschau fand am Sonntag ein Propagandatag zur Warnung der Bevölkerung vor dem Gasriegel statt. Ziel der Propaganda, die durch Flugblätter, Vorträge und Plakate betrieben wurde, war die Aufforderung zum Selbstschutz jedes einzelnen gegen die Gefahren des Gasriegels. Auf dem Flugplatz von Warschau wurde von polnischen Truppen ein militärischer Gasangriff markiert, dessen Eindruck auf die Zuschauer noch dadurch verstärkt worden ist, daß diese zum Schluß mit wirklichem Tränengas bombardiert wurden. Die polnischen Sozialisten benutzten einen gleichzeitig stattfindenden Arbeiterjugendtag, um nicht nur den Gasriegel, sondern den Krieg überhaupt propagandistisch zu bekämpfen.

Moraczewski und sein Getreuer.

Warschau, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Ausschluß des Außenministers Andreas Moraczewski aus der polnischen Sozialistischen Partei hat jetzt das Mitglied der polnischen Sozialistischen Partei, Ladislaus Holowka, der von der Regierung Pilsudski zum Ministerialdirektor und Leiter der Ostabteilung im polnischen Außenministerium ernannt worden ist, zum Austritt aus der PPS. veranlaßt. Soweit sich übersehen läßt, ist dieser Austritt bisher der einzige, der durch den Ausschluß von Moraczewski herbeigeführt wurde.

Aufstand in Mexiko.

Die Hauptstadt in der Hand der Regierung. — Mehrere Bundesstaaten im Aufruhr.

Mexiko, 4. Oktober. (Eigenbericht.)

In Mexiko ist eine Militärrevolte ausgebrochen. Jedoch verlassen die meuternden Truppenteile bereits die Hauptstadt, verfolgt von den Regierungstruppen. Der Führer der Aufständischen, Ferrano, ist in Cuernavaca verhaftet worden. Mehrere Bundesstaaten sind im Aufruhr. Staatspräsident Calles versichert jedoch, innerhalb 48 Stunden mit der Aufstandsbewegung fertig zu werden. Die Hauptstadt ist ruhig.

Marx in peinlicher Lage.

Vergleich im Prozeß Tresckow-Sodenstern — Die Verantwortung auf ihn abgewälzt

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte fand heute morgen eine kurze Verhandlung statt, gewissermaßen ein Vorspiel zu dem am Sonnabend anberaumten großen Prozeß v. Tresckow gegen Major Badtke, zu dem neben einer Reihe von Großgrundbesitzern auch der Reichsinnenminister Reubell geladen ist. Gegenstand des Prozesses am Sonnabend ist der Boykott, den die neumärkischen Großgrundbesitzer aus dem Kreise Königsberg gegen den Komtur des Jungdeutschen Ordens v. Tresckow in Verbindung mit der bekannten Denkschrift des Großmeisters des Jungdeutschen Ordens Mahraun verhängt hatten.

Die „Deutsche Zeitung“ hatte in Verbindung mit dieser Denkschrift v. Tresckow großen Vertrauensbruch vorgeworfen; er habe Vorgänge aus einer vertraulichen Sitzung der Öffentlichkeit preisgegeben.

Die heutige Gerichtsverhandlung endete mit einem Vergleich folgenden Inhalts: Die „Deutsche Zeitung“, hieß es da, hat das Material für ihre Vorwürfe des schweren Vertrauensbruchs gegen Herrn v. Tresckow lediglich aus der Erklärung des Reichskanzlers Dr. Marx in der Sitzung des Reichstags vom 11. Februar 1927 entnommen. Das Material, das dem Herrn Reichskanzler zu seiner Erklärung zur Verfügung gestanden hat, entzieht sich der Kenntnis der „Deutschen Zeitung“. Die „Deutsche Zeitung“ hat seinerzeit die Mitteilung lediglich aus publizistischen Gründen

gebracht, ohne dadurch persönlich Herrn v. Tresckow näher treten zu wollen.

Dieser Vergleich wälzt die Verantwortung auf den Reichskanzler Dr. Marx — und mit Recht. Herr Dr. Marx hat — durch die Immunität gegen Klage geschützt — von der Tribüne des Reichstages herab den Vorwurf des großen Vertrauensbruchs gegen Herrn v. Tresckow erhoben. Dieser Vorwurf, von diesem Mann und an dieser Stelle erhoben, hat Herrn v. Tresckow vor dem ganzen Volke wie vor dem Ausland den Stempel: „groß vertrauensunwürdig“ aufgedrückt.

Herr Dr. Marx hat diese beleidigende Beschuldigung erhoben, ohne zugleich Beweise vorzulegen. Sein Material entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit. Er hat die Feinde der Großgrundbesitzer gegen Tresckow gerechtfertigt und gedeckt mit einem Nachwort als Reichskanzler.

Herr v. Tresckow sucht Recht und Ehre zu verteidigen — aber der Reichskanzler Marx, der niemals den Angeklagten selbst gehört hat, ist ihm unerreichtbar.

Diese Haltung des Herrn Dr. Marx, die so sehr allem Empfinden für Loyalität und Gerechtigkeit widerstreitet, zeigt an einem Beispiel mehr, daß Bürgerblockpolitik wirklich den Charakter verdirbt.

Das Reichsgericht blamiert sich.

Zentrale-Prozeß ohne Angeklagte. — Hauptverhandlung bis auf weiteres vertagt.

Leipzig, 4. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Prozeß gegen die kommunistische Zentrale begann heute ohne Angeklagte. Die Angeklagten waren nicht erschienen. Nach längerer Beratung verkündete Präsident Niedner folgenden Beschluß:

1. Die Hauptverhandlung wird bis auf weiteres vertagt. 2. Die Anberaumung des neuen Termins wird erfolgen, nachdem durch Beschluß des Reichstags die Durchführung mit allen zu Gebote stehenden Zwangsmahnmahnen gesichert ist, eventuell auch außerhalb der Ferienzeit des Reichstags. 3. Die Vorführung der Angeklagten Lindau und Schumann wird für den anberaumten Termin angeordnet.

Präsident Niedner schloß mit erhobener Stimme: Der Bestand des Deutschen Reiches beruht auf der Durchführung des Rechts. Jeder Staat, der das nicht beachtet, gibt sich selbst auf. In voller Erkenntnis dieses fundamentalen Grundgesetzes hat das Reichsgericht alles getan, um diesen Prozeß nun endlich durchzuführen. Ich schließe die Verhandlung.

In Leipzig hat heute der Prozeß gegen die angeklagten Mitglieder der KPD-Zentrale von 1923 beginnen — sollen. Einem Parteibeschluß folgend war jedoch kein einziger der Angeklagten erschienen.

Die Angeklagten sind fast sämtlich Mitglieder des Reichstags oder des Landtags. Der Reichstag hat zwar die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilt, er hat aber verlangt, daß die Verhandlung nur in den sittingsfreien Sommermonaten stattfinden soll. Nun hat der Reichstag seine Ausschlußberatungen wieder aufgenommen, auch das Plenum soll in den nächsten vierzehn Tagen wieder zusammentreten — der Prozeß aber soll monatelang dauern. Kein Zweifel, daß der Beschluß des Reichsgerichts, ihn am 4. Oktober beginnen zu lassen, dem Willen des Reichstags widerspricht.

Im Jahre 1923 sind bekanntlich auch von rechts schwere politische Delikte begangen worden. Diese kamen aber entweder nicht zur Aburteilung oder die verhängten milden Strafen sind teils längst verbüßt, teils durch Amnestie erledigt. Der bekannte Putschmajor Buchrucker aus Rührin hat, wie schon gemeldet, am Sonntag als Amnestierter seine Zelle verlassen.

Dieser Prozeß, der seit vier Jahren nicht steigen kann, ist zur Sinnlosigkeit geworden. Die Justiz schickt sich an, dem Staat einen „Schuh“ zu gewähren, dessen er in keiner Weise bedarf. Sie leistet ihm damit nur Väterdienst. Die KPD hat sich seit 1923 scharf geändert, sie ist vom Putschismus abgerückt und versucht diesen Wandel der Gesinnung nur durch noch lauteres Schimpfen auf die Sozialdemokratie zu verhüllen. Die putschistisch und revolutionsromantisch gebliebene KPD-Opposition hat aber trotzdem diesen Wandel ganz richtig erfasst und behandelt die Leute, die jetzt als gefährliche Revolutionäre vor Gericht gestellt werden sollen, längst als „Reformisten“ und „Sozialverräter“.

Zugegeben ist, daß der Reichstag an der lächerlichen Situation, die jetzt eingetreten ist, durch seinen halben Beschluß mit Schuld trägt. Er hat sich nicht dazu aufraffen können, die Einstellung des Prozesses zu fordern, die nach den gegebenen Umständen das einzig Vernünftige

war. Gegen die Einstellung hat man von bürgerlicher Seite eingewendet, daß durch sie „ungleiches Recht“ geschaffen würde, denn Hunderte von kleinen Parteigängern der Kommunisten seien zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt, während die Großen, durch deren gewissenlose Führung jene armen Teufel ins Gefängnis gekommen seien, frei herumlaufen. Daß hier eine sehr ungleiche Behandlung vorliegt, ist ganz offenbar. Ein Ausgleich aber läßt sich heute nur dadurch schaffen, daß man jene Arbeiter, die vor vier Jahren so unvorsichtig waren, sich der kommunistischen Führung anzuvertrauen, endlich auch aus den Gefängnissen entläßt. Die Gerechtigkeit wird dadurch sehr viel, die KPD aber sehr wenig gewinnen. Denn erst, wenn die Angelegenheit von 1923 völlig aufgehört hat, eine kriminalistische zu sein, wird man sie politisch richtig werten können. Ueber die Rolle, die die kommunistischen Revolutionsgeneräle damals gespielt haben, wird dann noch manches zu sagen sein.

Einstweilen aber ist die Justiz immer noch die beste „Agitprop“. Es ist Zeit, daß sie ihre eminent staatsgefährliche Tätigkeit auf diesem Gebiet einstellt.

Das Reichsgericht ohne Angeklagte.

Leipzig, 4. Oktober. (Eigenbericht.)

Nach 9,30 Uhr betritt der Gerichtshof mit Niedner an der Spitze den Saal, der von Pressevertretern und Zuhörern gefüllt ist. Ein großes Polizeiaufgebot ist in und vor dem Reichsgericht verteilt. Der Oberreichsanwalt Werner ist selbst erschienen. Ihm stehen die Reichsanwälte Reumann und Floegel zur Seite. Von den zahlreichen Verteidigern sind nur Obuch, Herzfeld, Fränkel und Ritsche erschienen. Von den Angeklagten ist keiner erschienen.

Senatspräsident Niedner: Es steht heute Termin zur Hauptverhandlung gegen Fröhlich und Genossen. Ich sehe, daß keiner der Angeklagten erschienen ist. Die Angeklagten bestehen zum größten Teile aus Parlamentariern sowie aus den Reichsparlamentariern Lindau und Schumann. Ich habe eben von Herrn Schumann ein Schreiben erhalten, in dem er erklärt, nicht erscheinen zu wollen. Schumann teilt mit, daß er als einziger nicht erscheine, da die ihm vorgeworfenen Straftaten nach Ansicht der Reichsanwaltschaft unlösbar mit denen der übrigen Angeklagten verbunden sind und die Reichsanwaltschaft die Abtrennung abgelehnt habe.

Reichsanwalt Floegel stellt fest, daß die sämtlichen Angeklagten ordnungs- und fristgemäß von der Reichsanwaltschaft geladen sind.

Senatspräsident Niedner: Wünscht einer der Verteidiger eine Erklärung für das Nichterscheinen der Angeklagten abzugeben?

R.-A. Obuch: Ich stelle im Namen sämtlicher Angeklagten den Antrag auf Vertagung. Obuch begründet den Antrag mit dem Nichterscheinen der Angeklagten, die fast alle Abgeordnete sind.

Sie würden infolge ihres Erscheinsens die Pflichten, die ihnen die Ausübung ihres Abgeordnetenberufes auferlege, geöblich verlegen.

Ihr Fernbleiben würde bei Abstimmungen den Willen des Reichstages verfälschen. Obuch zeigt die Entwicklung der Dinge auf. Der Reichstag habe dem Reichsgericht anheimgestellt, den Prozeß

Während der Tagungspause im Sommer 1927 durchzuführen. Nachdem diese Zeit abermals ungenützt verstrichen ist und die Durchführung des Prozesses in die Tagungsperiode des Reichstages fällt, war die nun erfolgte Ladung der angeklagten Reichstagsabgeordneten unzulässig.

N. A. Herzfeld stellt den Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung auf Grund der §§ 217 und 218 der Strafprozessordnung, da der Rechtsanwalt Samter, der Koenen verteidigt, nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von einer Woche geladen worden ist. Ihm ist die Ladung erst am 29. September zugestellt worden.

N. A. Fränkel unterstützt beide Anträge auf Aussetzung, da die Reichsanwaltschaft selbst einen unlöslichen Zusammenhang der den Angeklagten vorgeworfenen Straftaten konstruiert hat. Es handelte sich um einheitliche, nicht auseinander zu reißende Handlungen.

Oberreichsanwalt Werner: Wenn es bisher nicht möglich war, das Verfahren durchzuführen, so liegen zwei Gründe dafür vor. Als ersten Grund gibt Werner an,

daß der Reichstag selbst die Durchführung des Prozesses unmöglich gemacht habe.

Da eine Zwischenladung bereits im September stattfinden sollte. Weiter habe der Reichstag die Einstellung des Verfahrens abgelehnt, so daß es offensichtlich darauf hinausgehe, daß ein Teil des Prozesses in eine Ladung des Reichstages fallen muß. Damit sollen alle Erwägungen der Verteidigung ins Wasser.

Es sei nicht Sache des Gerichts, zu entscheiden, ob das Interesse des Staates bei Strafverfolgungen oder das Interesse des Parlaments vorangehe. Der Reichstag habe die Entscheidung in der Hand gehabt. Er hätte die Einstellung des Verfahrens beschließen können.

Der zweite Grund ist die Geschäftstage des Reichsgerichts. Der erkennende Senat sei seit 10 Tagen sechs Wochen in Stuttgart festgehalten worden und dann sei die Zeit für die Bearbeitung der umfangreichen Akten zu kurz geworden. Nun habe der Vorsitzende die im September angelegte Zwischenladung des Reichstages berücksichtigt und den Termin nach dieser Ladung anberaumt. Alles dies gebe den Angeklagten kein Recht, heute nicht zu erscheinen. Es wäre ihre Pflicht gewesen, ihre Einwände gegen eine Durchführung des Prozesses selbst hier vorzubringen.

Die beiden Angeklagten, die keine Abgeordneten sind, hätten erst recht erscheinen müssen. Er würde im Gegensatz zu seiner früheren Stellungnahme heute bei Erscheinen einiger Angeklagter beantragen haben, gegen die Erschienen das Verfahren durchzuführen. Es ginge allerdings nicht an, daß die, die Trautzleher waren, nicht verurteilt würden, nur weil sie Abgeordnete sind, während andere zu schweren Justizhausstrafen verurteilt würden. Das Fernbleiben der Nichtabgeordneten könne nur als Demonstration gegen das Reichsgericht und als Solidaritätskundgebung für die Mitangeklagten angesehen werden. Er behalte sich vor, beim Reichstag geeignete Anträge zu stellen.

Gegen Lindau und Schumann beantragte er die Durchführung zu einem späteren Termin. Von einem Haftbefehl gegen Lindau und Schumann müsse er absehen, da die Androhung des nächsten Termins nicht abzusehen wäre. Im übrigen müsse er ebenfalls Antrag auf Aussetzung stellen.

Nach kurzer Kontroverse zwischen Werner und Floegel einerseits und Buchs und Herzfeld andererseits, zog sich der Senat zur Beratung über die Anträge zurück.

Einführung des Oberpräsidenten Waentig.

Ein Mahnwort des Innenministers von Preußen.

Magdeburg, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Der preußische Innenminister Genosse Grzesinski führte heute den neuen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Genossen Prof. Dr. Waentig, in sein Amt ein. Der Innenminister hielt dabei eine Rede, in der er auf die Verdienste des Amtsvorgängers Waentig, Genossen Hörsting, hinwies und dann fortfuhr:

Sie, Herr Oberpräsident Dr. Waentig, treten nunmehr in noch engere Beziehungen zur Staatsverwaltung, als sie bisher zwischen Ihnen und der Verwaltung bestanden. Als Wissenschaftler und Hochschullehrer, der seit Jahrzehnten an einer Universität der Pro-

vinz Sachsen wirkte, sind Ihnen die Verhältnisse, die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse dieser Provinz nicht fremd. Als Abgeordneter im Preussischen Landtag haben Sie oft Gelegenheit gehabt, Forderungen und Wünsche der Provinz parlamentarisch zu vertreten und zu begründen. Sie kennen also die Provinz, die Sie nunmehr als Oberpräsident zu betreten und zu verwalten haben. Als Oberpräsident sind Sie in der Ihnen von der Staatsregierung anvertrauten Provinz Vertreter der Preussischen Staatsregierung. Sie sind ihr politischer Beamter und Vertrauensmann in der Provinz.

Sie sind der Staatsregierung dafür verantwortlich, daß sowohl die eigene Verwaltung, wie die Verwaltungen, deren Oberaufsicht Ihnen obliegt, in dem von der Staatsregierung für erforderlich gehaltenen politischen Sinne geführt werden.

Als Repräsentant des Staates haben Sie aber auch unbeschadet Ihrer eigenen politischen Überzeugung ausgleichend zu wirken. Bei aller Wahrung der Staatsautorität müssen Sie dafür sorgen, daß die Behörden und ihre Mitglieder sich stets bewußt bleiben, Diener und nicht Bevormunder, Förderer und nicht Hemmer des Volkes zu sein. Ich bin überzeugt, daß Ihre hier versammelten Mitarbeiter den besten Willen zur Mitarbeit in diesem Sinne haben und Sie bei der Bewältigung Ihrer großen, wichtigen und schweren Aufgaben unterstützen werden. Ich wünsche Ihnen, Herr Oberpräsident, daß zwischen Ihnen und Ihren Mitarbeitern ein gutes und vertrauensvolles Verhältnis bestehen möge. Ohne eine gewisse Spontaneität im Arbeiten und im Verhältnis zum Vorgesetzten zu seinen Mitarbeitern — gestützt auf gegenseitige Achtung und Vertrauen — kann ich mir eine erspriechliche dienstliche Tätigkeit nicht recht vorstellen. Vertrauen erzeugt Arbeitsfreudigkeit und Verantwortungsbewußtsein. Und die Selbständigkeit der Beamten im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu fördern, scheint mir eine durchaus dankenswerte Aufgabe zu sein, die wesentlich zur Vereinfachung mancher Verwaltungsganges beitragen könnte. Dabei darf natürlich nicht vergessen werden, daß für die Führung der Geschäfte in der Provinz Sie, Herr Oberpräsident, der Staatsregierung allein verantwortlich sind. Das heißt natürlich, daß jeder Beamte, Angestellte und Arbeiter Ihrer Behörde sich in seinem dienstlichen Handeln nach Ihrem Willen und Ihrer Entscheidung zu richten hat. Sie können nur dann der Staatsregierung für das glatte und reibungslose Zusammenarbeiten in Ihrer Verwaltung garantieren, wenn Sie, Herr Oberpräsident, wissen, daß eine Politik auf eigene Faust von keinem versucht wird. Daß Ihr Apparat so läuft, dafür haben Sie zu sorgen.

Oberpräsident Genosse Dr. Waentig erklärte, er sei sich der Schwere der ihm erwachsenden Aufgaben voll bewußt. Er stehe kein Programm auf, sondern er gelobe, in seinem Amt vor allem die Richtlinien der Politik des Preussischen Innenministers zu befolgen.

Der Richter als Antisemit.

Der preussische Richterverein untersucht den Fall Gellin.

Wie der Preussische Richterverein mitteilt, wird der Verein sich ebenfalls mit dem bedauerlichen Vorfall in Breslau, in den der Landgerichtsrat Gellin verwickelt ist, und der nach amtlicher Mitteilung in einem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren ebenfalls aufgeführt werden soll, zu beschäftigen haben. Die von dem Verein eingesetzte Kommission zur Nachprüfung richterlicher Entgleisungen — Vorsitzender Geheimrat Justizrat Oppler-Berlin — hat sofort nach Bekanntwerden des Falles die zur Feststellung des Sachverhaltes erforderlichen Schritte unternommen. Der Verein legt Wert auf die Feststellung, daß Landgerichtsrat Gellin dem Richterverein als Mitglied nicht angehört.

Die Tätigkeit der Landesarbeitsgerichte.

Richtungsgebend für die Arbeitsgerichte.

Wie dem Amtlichen Preussischen Pressedienst von unrichtiger Seite geschrieben wird, haben die Landesarbeitsgerichte als Berufs- und Beschwerdegerichte in den drei Monaten seit Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes bereits eine ganze Anzahl weittragender und allgemein interessierender Entscheidungen zu den einzelnen Fragen des weit verzweigten Arbeitsrechts erlassen, die zum Teil auch schon in der Fach- und der Tagespresse abgedruckt wurden. Aus dem Inhalt dieser Entscheidungen läßt sich entnehmen, daß die Landesarbeitsgerichte der ihnen neben dem Reichsarbeitsgericht zugewiesenen Aufgabe, für die Rechtsprechung der Arbeits-

gerichte ihres Bezirkes richtungsgebend zu wirken, durchaus gerecht werden.

Die bereits mehrfach angeführte Frage, ob auch bei demjenigen Landesgerichte, bei denen bisher noch keine Landesarbeitsgerichte errichtet sind, Landesarbeitsgerichte errichtet werden sollen, läßt sich zurzeit noch nicht beantworten. Wesentlich für die Entscheidung dieser Frage wird die Feststellung sein, ob und in welchem Maße die Zahl der berufungsfähigen Sachen zunimmt.

Das Angebot Paleologues.

Die Budapestener Veröffentlichung — eine Intrige.

Die Veröffentlichung des Angebots von 1920 an Ungarn, ihm eine Armee von über 100 000 Mann zu gestatten und ihm die überwiegend magyarischen Gebiete aus dem Reubefeh der angränzenden Nachfolgestaaten widerzugeben, wenn es seine Landesfinder zur Niederschlagung der Sowjetarmee in Polen herbeige, ist zuerst in dem Budapestener Organ der habsburgtreuen „Legitimisten“, dem „Magyarfog“ erfolgt. Führer dieser Partei ist der alte Graf Albert Apponyi, der Ungarns Vertreter beim Friedensdiktat von Trianon war und jetzt Ungarn im Völkerbund vertritt. Der französische Diplomat Paleologue hat jede Äußerung zu dieser Veröffentlichung abgelehnt; das Blatt hatte den notenanartigen Brief Paleologues an den damaligen ungarischen Ministerpräsidenten oder Außenminister Paul Teleki auch im französischen Original abgedruckt — wäre er gefälscht, so würde Paleologue dies gewiß hinausstreifen, zumal dieses Angebot auch heute noch und gerade jetzt der Rothermere-Agitation für die Nachfolgestaaten höchst fatal ist, diese Staaten aber sämtlich zum Gefolge Frankreichs gehören, während Horthy-Ungarn sich der huldvollen Protektion Englands erfreut, dessen industrielle Kolonie es auch ist, wie soeben erst der Elektrizitätskandal mit dem Talbot-Konzern gezeigt hat.

Nun ist Ministerpräsident Bethlen ernstlich krank und sein Nachfolger soll Graf Paul Teleki werden. Teleki war ein Hauptakteur der Frankensackung — was ihm weder bei der ungarischen, noch bei der britischen Reaktion geschadet hat. Aber Teleki gehört nicht zu den Legitimisten. Am Tage der Enthüllung befand sich Teleki gerade auf den Besessungen Albert Apponyis, um mit diesem über die neue Regierungsbildung zu beraten. Die Enthüllung soll der Rache der Führer der Frankensackung dienen und ein persönliches Werk des Prinzen Windischgrätz sein. Windischgrätz und seine Freunde können dem Teleki nicht verzeihen, daß dieser sie, obwohl er selbst mitschuldig gewesen, im Frankensackungsstandalim Stiche gelassen hat. Die Verbindungen des Windischgrätz zum Außenministerium und zum „Magyarfog“, zum Blatte der Otto-Partei, sind bekannt. Windischgrätz hat sich wahrscheinlich mit Hilfe seiner Freunde im Ministerium die Originalnote verschafft und dem „Magyarfog“ übermittelt.

Die Polizei sucht natürlich krampfhaft diejenigen, die die Rolle aus dem Ministerium entwendet haben.

Warum aber Horthy-Ungarn damals auf das lodende Angebot nicht eingegangen ist, das unterliegt nicht dem geringsten Zweifel: man hatte vielzweifel Angst davor, dem gemarterten Volk der Arbeiter in den Städten und der um die Bodenreform betrogenen Bauern auf dem Lande, Waffe in die Hand zu geben!

Prager Bestätigung des Angebots.

Das Außenministerium in Prag hat 1923 eine Aktenammlung veröffentlicht. Darin ist eine Depesche des damaligen Chefs der politischen Abteilung des Prager Außenministeriums, Stepanek, an den Vertreter der Tschchoslowakei in Belgrad vom 27. Juli 1920 enthalten; sie teilt mit, daß die Tschchoslowakei von französischer Seite darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß die ungarische Regierung den Obersten Rat ersuchen werde, vier Uebergänge durch die Ostslowakei und Karpaten-Rußland für vier ungarische Divisionen gegen die Russen freizumachen. Das nennt Stepanek selbstverständlich absurd und unannehmbar.

Das „Prager Tageblatt“, das dieses Aktenstück ausgräbt, bemerkt dazu, aus diesem Dokument geht zum mindesten hervor, daß Frankreich seinen tschchoslowakischen Bundesgenossen über die durch die angelegliche Paleologue-Note gekennzeichneten Vorgänge informiert hat.

Der Glücksfucher.

Von Eberhard Boehm.

Jim ging die Straße entlang, schweren schleppten Schrittes, die Blicke auf den Boden geheset, als suchte er etwas. Es war eine staubige, schmutzige, gänzlich menschenleere Versteckstraße, auf die Jim verzweiflungsvoll starrte. Er war immer ein Glücksfucher gewesen, sein ganzes Leben lang, und noch jetzt war er einer, — aber immer ohne Glück.

Das hatte er so deutlich noch vor wenigen Minuten gemerkt, als ihn plötzlich etwas hart gegen den Kopf gestoßen hatte. Feinde ringum! war es ihm durchs Hirn geschossen, schon glaubte er wieder Schrapnellse saufen zu hören. Aber das war es nicht. Nur eine dumme, alte, verkrüppelte Straßenlaterne hatte ihn so unfaßbar gemerkt. Gemerkt? Nein, Jims Auge konnte jetzt nichts mehr sehen, er rieb nur etwas seinen Schädel mit der flachen Hand und beobachtete dann weiter das graue Pflaster, immer weiter, die ganze Straße voll Staub und Schmutz entlang.

So suchte Jim das Glück. Aber plötzlich, — noch schien es ihm eine wahnwitzige Vorprägung seiner sieben durcheinandergerüttelten Phantasie, da hielt er wirklich etwas goldig Glänzendes, ach, so wundervoll Rundes und Festes in der zitternden Hand. Geblickten Ganges, die Augen so nah dem Erdboden, hatte er ein Armband entdeckt, ja wahrhaftig, ein kleines goldenes Damenarmband. Der Verschluß war gerissen und so war es verlorengegangen.

Aber daran dachte Jim gar nicht. So viele Menschen verloren das Glück; wenn er einmal fand, was sie verloren, hier auf der Straße, dann war es sein Eigentum, das konnte nur dem Glücksfucher gehören. Aber so deutlich dachte Jim durchaus nicht, unbekanntes Gefühle durchströmten ihn heiß, als ob er verbrenne. Fast hätte er das Armband wieder fallengelassen, doch jäh mußte er auf und hielt den kostbaren Schatz fest, ganz fest in der verkrüppelten Hand, bereit, um das zu kämpfen, was gleichsam innig mit ihm verwachsen war.

Denn jetzt, während es ihm noch vor den Augen flimmerte, kam schon der Feind. Die menschenleere Straße füllte sich mit dem Gebast und Gemjammer zweier Menschen, die ein goldenes Armband suchten. Also das kann beschworen werden: Da war der ehrsame Herr Luchshändler I. mit seiner Ehehälfte diese, hm, verdammt Straße entlanggegangen und mit einem Male war die Fierde eines etwas verjetzten Handgelesenes verschwunden. Verchwunden? Vielleicht gestohlen, man kann ja nie wissen. Die Frau Luchshändler ein gros mochte in stillen Schmerze ihr Taschentuch nach, rief sich plötzlich von ihrem keifenden Gatten los und eilte mit schnellen Schritten die Straße hinab, vorbei an dem noch gänzlich betäubten Jim. Der beleidigte Mann schnob hinter ihr her, marf im Nabelprusten einen wilden Blick auf die Bildsäule des Glücksfuchers, bly-

artig überkam ihn ein Verdacht. Er ging auf Jim zu: „Haben Sie vielleicht ein Armband gefunden?“ Er meinte natürlich „gestohlen“. Es war eine Drohung mit Polizei und Untersuchungshaft, das sahste auch Jim. Noch schmerzte der Kopf und die Hand war ganz verkrüppelt. Auf Leben und Tod überkam es ihn plötzlich, da preßte er ein grimmiges „Nein!“ heroor.

Da stand der Luchshändler vor ihm, ganz dicht vor ihm, und Jims Augen blieben an der goldenen Uhrkette hängen, die sich in fähnem Bogen um den Leib des Feindes spannte. Da kam ihm wieder das Flimmern vor die Augen. Die ganze Welt war ein jähler Wirbel von Gold. Das gelbe Metall quoll aus allen Herzen und Nieren und verschlang das Leben. Es ist aus, Jim, dachte er voller Qual, du wirst niemals das Glück finden. Vor ihm spreizte sich die Uhrkette zur Riesenschlange. Gold will sie zum Groß, Gold. Jtschend erhebt sie ihren Kopf mit dem ersten Maul: Gold gehört zu Gold! Da ließ Jim das Armband fallen. Nun war es genug, er hatte dem Naturgesetz gehorcht.

Der Luchshändler war starr vor Staunen. Er hob das Schmutzstück auf und da er plötzlich sahste, daß er seinen Revolver nicht bei sich hatte, gab er keinen Laut von sich, sondern eilte mit scheuen Schritten die Straße hinab und ließ den Glücksfucher leben.

Das Ende der Revue.

Die Handlung der neuen James-Klein-Revue „Die Welt applaudiert“, ist in die Sahara verlegt. Die Kämpfe zwischen Fremdenlegion und Rifkabilen sind allerdings für eine Revue ein merkwürdiger Vorwurf, besonders, da als Einlage immer wieder Giraparden abgenommen werden. Diese Revue in der Komischen Oper bedeutet eine Ende, denn sie nähert sich wieder dem Volksstück und der Operette, aber die Operettenform zwingt die Verfasser wenigstens zur Konzentration, während hier die Handlung ins Unendliche gerdehnt wird. Unter achzig Szenen in fünfzehn Bildern geht es nicht. Es entsteht ein Kompromiß von Lauritz-Rosler und Karl Max, und man fühlt sich an die Spezialstücke im Zirkus Busch erinnert, etwa an den Strafen von Monte Christo oder an Bent Hur. Und in diesem Stil sprechen auch die Leute. Man hört nur überquäcker Phrasen oder eine Konversation, die sich wie eine Parodie ausnimmt. Außerdem machen die Verfasser in der Einleitung. Sie geben den Friedfertigen keine Instruktionen mit der Aufschrift: „Nie wieder Krieg“; daneben ist noch der Führer der Auswärtigen glühender Pazifist, und für kriegerische Genies sind Militärmärche, marschierende Soldaten und der schöne Satz „Ein Volk muß sich verteidigen“ oder so ähnlich, vorhanden. James Klein ist eben ein guter Geschäftsmann, will es mit keinem verderben, und darf stolz darauf sein, daß er seiner Revue beinahe ein politisches Mäntelchen umhängt, und billiger dabei fortkommt als bei mondänen Ausstattungsaffären. Diese fehlen selbstverständlich nicht ganz. Es sind noch immer drei Bilder dieser Art vorhanden. Doch die durchaus ausgezogenen Frauen, das Schreiten die Treppe herunter, hat man sich im Laufe der Zeit übergesehen, und man lang-

weilt sich hilflos. Es scheint, als ob die Revue ihre Existenzberechtigung verliert, wenn sie sich nicht formal und inhaltlich auf die künstlerische, literarische oder politische Revue festlegt. Dieser traurige Zwieser von Operette und mondän parfämiertes Ausstattungsgenre befruchtet in keiner Beziehung.

Die Musik, von vielen Komponisten fabriziert, ist am besten im Marschmäßigen und im Chanson. Die sentimentalen Partien zeigen nur Gemächtes. James Klein macht sich als Regisseur das Leben leicht. Er läßt vor Prospektien spielen und gibt ihm wieder eines seiner reichlich bekannten Prospektbilder. Vielleicht verortet er sich für seine nächste Revue vorzeitig mit Einfällen. Aus der Menge der Mitwirkenden ein paar Namen. Johannes Müller singt mit weicher Stimme die Schmalzarien, während sein Tenorkollege Doremitt, der sich etwas das Schreien abgewöhnt hat, die Chansons betruet. Ergötzlich allein Rich Werkmeister und Alberts, die über wirklichen Witz verfügen, eine Erholung in der Langenweile. Felig Scherrei.

Neue Theater des Volkstheaterverbandes. Der Verband der deutschen Volkstheatervereine hat sich an der Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft beteiligt, die die Fortführung des bisher als Pripontunehmen betriebenen Stadttheaters Brandenburg übernommen hat. Gemeinsam mit dem Bühnenvolksbund hat der Verband der deutschen Volkstheatervereine die Gründung der gemeinsamen Stadttheater G. m. b. H. in Guben übernommen. Ferner ist der Beitritt des Verbandes zu der gemeinsamen Schauspielhaus-G. m. b. H. in Remscheid jetzt vollzogen worden.

Die kleinste Photographie geflossen! Auf der Ausstellung der englischen Photographischen Gesellschaft in London wurde eine große Sehenswürdigkeit auch eine Photographie gezeigt, die die kleinste der Welt sein soll. Es ist ein Bildnis des französischen Erfinders Niepce, der bei der Erfindung der Photographie namhaft beteiligt war, und es ist so klein, daß es nur unter dem Mikroskop zu sehen ist. 30 solcher Photographien würden erst einen Raum einnehmen, der dem eines gewöhnlichen Stednadelstopfes entspricht. Die Photographie war auf einem Rahmen befestigt, und dieser ist mit dem einzigartigen Porträt geflossen worden. Man hat bis jetzt von dem Dieb keine Spur, nimmt aber an, daß es sich nur um einen fanatischen Sammler handeln kann, der diese Kuriosität besitzen wollte. Dieses Wunderwerk der Kleinheit wurde von Professor Goldberg hergestellt.

Reperolreueberung im Sillerttheater. Am 6. gelangt hat der ursprünglich angelegte Vorstellung „Unglückselig von Romberg“ Hebbels, Dorothea und Marianne in der Uebersetzung von Neuner mit Frey Richter und Hans Siefert in den Theatern zur Aufführung.

„Bühnenwelt im Wandel der Zeiten“, ein Vortragsthema mit Lichtbildern und igeischen Karikaturen von Dr. Johannes Günther und Saldja Schaal im Charlottenburger Schillertheater, beginnt unter Mitwirkung von W. Rügge, Franz Conrad Hoferer und Karl Rees (vom Staatstheaterballett) u. a. am 6. 20 Uhr.

Teleggerabend. Am Einleitung der Volkstheater G. m. b. H. ist Hermann Krenzl am Mittwoch, dem 6. 20 Uhr, in der Wida des Gumbajums zum Guben Theater, Klosterstr. 74, Rojoggerische Vorträge vor. Einladungen 0,60 M.

Die Tragödie im Friseurladen.

Unter der Anklage des Totschlags.

Am 8. Februar d. J. erschien der Friseur Kolb, der seinen Laden in der Böttcherstr. 1 hatte, im Vollzeuerober und teilte mit, daß er am vergangenen Abend eine Frau Hoffmann geübt habe. Man fand tatsächlich in seiner Wohnung die Frau erwürgt vor. Heute morgen hat sich der Täter vor dem Landgericht III wegen Totschlags zu verantworten.

Kolb hatte im September 1926 Frau Hoffmann durch ein Heiratsinletat kennengelernt und war wenige Tage darauf mit ihr in intime Beziehungen getreten. Diese Beziehungen entwickelten sich in kurzer Zeit auch zu einem Verhältnis geschäftlicher Natur. Frau Hoffmann trat als Mittelhänderin in den Friseurladen ein. Dieses geschäftliche Verhältnis sollte aber beiden Teilen zum Verhängnis werden. Die Geldteile war dem Angeklagten in geschäftlichen Dingen weit überlegen; das gab sie ihm auch immer wieder zu fühlen, selbst in Gegenwart der Angestellten und der Kunden. Die Beziehungen spitzten sich aber bis ins Unerträgliche zu, als K., während Frau Hoffmann im Krankenhaus lag, eine Friseurin annahm. Seine Geliebte begann ihn nun mit ihrer Eifersucht zu verfolgen und verlangte die Entlassung der Friseurin. K. jedoch, der der ewigen Zänkereien mit Frau Hoffmann überdrüssig war, weigerte sich, ihrem Wunsch nachzukommen, die Folge war eine Abkühlung zwischen beiden, die schließlich zu einer geschäftlichen Trennung führte. Frau Hoffmann gründete einen eigenen Domestikfriseurladen. Der intime Verkehr wurde jedoch bald wieder aufgenommen. Aus den Briefen, die K. an Frau Hoffmann geschrieben hat, jedoch von ihm nicht abgeschickt worden waren, geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß sein Kernzustand unter dem Verhältnis mit der Frau im höchsten Maße mitgenommen war, und daß er sich in einem gewissen Sdrigkeitszustande befunden haben muß. Am 7. Februar gerieten beide in einen Wortwechsel, Frau Hoffmann sprach schließlich den Angeklagten an, er packe sie an der Kehle und würgte sie, bis sie bewußtlos wurde. Dann kam ihm der Gedanke, sie zu töten und auch sich selbst das Leben zu nehmen. Er erdrosselte sie mit einer Wäschseife, schrieb einige Abschiedsbriefe, trank sich Mut an und versuchte darauf mehrmals, ohne Erfolg, sich zu erhängen. Am nächsten Morgen stellte er sich der Polizei. Dies war seine Darstellung in der Voruntersuchung. Heute will er sich dieser Vorgänge nicht mehr genau entsinnen.

Der Angeklagte, ein 47jähriger Mann, scheint heute noch von seiner Tat schwer mitgenommen, er weint bei dem Verlesen seiner nicht abgeschickten Briefe und macht den Eindruck eines Menschen, dem die Beziehungen, die zwischen ihm und Frau Hoffmann bestanden haben, tatsächlich über den Kopf gewachsen waren. Als Sachverständige sind Prof. Strauch und Dr. Därenfurth anwesend. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Dr. Acon. Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt zu seinem Plädoyer gegen den Angeklagten acht Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Doppelselbstmord eines Greisenpaares.

In ihrer Wohnung in der Frischestr. 75 zu Charlottenburg wurden heute vormittag der 92jährige Reinhold Ferdinand R. und dessen 85jährige Frau Wilhelmine in dem mit Leuchtgas angefüllten Schlafzimmer bewußtlos aufgefunden. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehre blieben ohne Erfolg. Die Leichen wurden polizeilich beschlagnahmt. Wirtschaftliche Sorgen sind vermutlich die Gründe zu dem gemeinsamen Verzweiflungsschritt.

Schule und Kurstätte.

Am Sonntag wurde der Presse Gelegenheit gegeben, die humanitäre Einrichtung einer Tageskurstätte für rachitische Kinder im Bezirk Friedrichshagen zu besichtigen. Auch im Bezirk Steglitz versucht man in vorbildlicher Weise für die gefährdete Jugend der Unterschichten zu sorgen. Er hat unter ganz besonderer Mitwirkung der dortigen sozialdemokratischen Bezirksverordneten durch den Degenerenten Stadtrat Genossen Leimbach und des bei alt und jung beliebten Stadtarztes Dr. Löwenberg auf dem Nichteberg eine Kurstätte für tuberkulose infizierte Kinder geschaffen, die seit den einundneunzig Jahren ihres Bestehens schon großen Segen gestiftet hat. Anlässlich eines Kinderfestes konnten die Eltern und Gäste sich selbst von den Kurresultaten überzeugen, indem die durch Luft und Licht abgehärteten Kinder trotz regnerischen Wetters ihre Bewegungsspiele und Atemgymnastiken mit großer Fröhlichkeit vorführten. Die Stadträtin Dr. Löwenberg ausführte, handelt es sich bei der Aufnahme um alle Tuberkuloseerscheinungen, auch solche durch Strophulose disponierte, mit Ausschluß der anstehenden Lungentuberkulose, die nach der Meinung des Arztes eine Heilung in einer geschlossenen Anstalt erfordert. Die Ergebnisse sind recht befriedigend, von den 147 in einem Jahr behandelten Kindern wurden 65 ganz geheilt, 25 gebessert und die übrigen zur vollständigen Heilung weiter in der Anstalt belassen. Meist genügt ein Aufenthalt von zwei bis drei Monaten, um der gefährlichen Volkskrankheit vorzubeugen. Die Kinder stehen tagsüber in Fürsorge und Beobachtung von einer Schulärztin und besonders ausgewähltem Pflegerpersonal; auch die Schule, die gleichzeitig mit der Heilbehandlung ausgeübt wird, trägt den ärztlichen Forderungen Rechnung. Die Anstalt besitzt eigene Schulräume, Abgetrennte Räume, Baderäume und Bekleidungsraum. In seiner schönen Lage, fern von allem Großstadtdunst, mit seinem schönen Garten und zweckdienlichen Einrichtungen könnte man, ohne zu übertreiben, diese Stätte „Das Kinderparadies“ nennen, wie es den Eltern tranter Kinder nicht besser empfohlen werden kann.

Das Kindererholungsheim Vorkdorf, eine Anstalt der Stadt Berlin, wird jetzt durch Bauten in wünschenswerter Weise erweitert und verbessert. Bei dem Richtfest, das vor einigen Tagen stattfand, wurde unserer Genossin, Stadträtin Wenzl, aus Anlaß ihres Jubiläums eine Ehrung bereitet. Das Jugendamt der Stadt und Freunde des Hauses nahmen an dem Fest teil, das mit feierlichen Reden begann und mit Vorträgen und Spielen der Kleinsten und Kleinen und der Schülerinnen des Heims endete.

Montessori-Ausstellung.

Im Warenhaus Wertheim, Leipziger Straße, ist eine Montessori-Ausstellung eröffnet worden. Ein vollständig eingerichtetes Montessori-Kinderhaus und eine Montessori-Schulklasse sind ausgestellt. Unter dem Motto „Das Kind in der Familie“ werden ein Kinderzimmer, eine Spieldecke für das Kind in einer kleinen Wohnung, gute Bücher für Kinder, gutes Spielzeug gezeigt. Die Kinder der Besucher dürfen in das Kinderhaus und in die Klasse gehen und die Beschäftigungsmittel benutzen. Eltern können hier wichtige psychologische und praktische Beobachtungen machen. Für die Erwachsenen ist alles Beschäftigungsmaterial der Kinder auf besonderen Tischen noch einmal aufgestellt. Montessori-Vorlesungen sind bereit, gewünschte Erklärungen zu geben. Etwa 100 Bilder, die die Kinder bei ihren Beschäftigungen zeigen, außerdem Zeichnungen, erste Behebungen und Töpferarbeiten der Kinder geben einen Einblick in ihre Lieblingsbeschäftigung. Die Ausstellung bleibt bis zum 10. Oktober geöffnet.

Abschluß der Straßenbahnerbewegung

Was sie den Straßenbahnern gebracht hat.

Die Bewegung der Straßenbahner hat für diese mit einer Enttäuschung geendet. Die Straßenbahner hatten ermartet, daß die Direktion entsprechend den Weisungen, die sie erhalten hatte, im letzten Augenblick besonders in der Frage der Arbeitszeit noch Konzessionen machen würde. Die Direktion der Straßenbahn hat sich aber an die Vollmachten nicht gehalten und auf den starken Mann hinausgeschleppt.

Die Funktionäre der Straßenbahner standen also gestern abend, nachdem das Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeits-Erklärung ausgesprochen hatte, vor der Entscheidung, ob sie nunmehr von sich aus den Streik erklären und durchführen sollten. Die Organisationsleitung war infolge der Verbindlichkeits-Erklärung außerstande gesetzt, einen Streik zu führen, überließ aber den Funktionären die Entscheidung, ob sie selbst die Führung im Streik in die Hand nehmen wollten.

Das Organisationsverhältnis bei den Straßenbahnern hat sich in den letzten Monaten ganz wesentlich gebessert. Es ist aber bei weitem noch nicht so gut, daß die Funktionäre den schweren Entschluß fassen konnten. Die Funktionäre hatten nicht die Gewähr, daß die Unorganisierten und die erst seit kurzer Zeit Organisierten auch unter den schwierigeren Umständen bis zum Ende Stange halten würden. Die Funktionäre haben also in geheimem Abstimmung beschlossen, die Bewegung abzubauen.

Wenn man die Enttäuschung der Straßenbahner begreifen kann, so ist es keineswegs gerechtfertigt, die Dinge jetzt so hinzustellen, als wäre die Bewegung erfolglos gewesen. Es ist gewiß nicht alles erreicht worden. Aber es ist doch ziemlich viel erreicht worden. Wir heben im folgenden die wesentlichen Punkte hervor:

Die Arbeitszeit betrug bisher für das technische und das Fahrpersonal je 9 Stunden täglich. Künftig beträgt sie für das technische Personal acht Stunden. Für das Fahrpersonal ist infolgedessen eine Verbesserung eingetreten, als durch die Erhöhung des Prozentsatzes bei der Berechnung der Nebenarbeiten und der Wartezeit eine effektive Arbeitsverminderung von etwa einer Viertelstunde eingetreten ist. Außerdem erhält das Fahrpersonal einen Zuschlag von 20 Proz. für die Arbeitszeit, die über 8 1/2 Stunden liegt. Weiter ist für die Ueberstunden ein Zuschlag von 25 Proz. festgesetzt worden.

Die Nachtruhezelt, die zwischen zwei Schichten liegt, ist um zwei Stunden verlängert worden. Für das Personal, das nachts beschäftigt wird, ist ein außerordentlicher Nachzuschlag von 45 Pf. pro Schicht eingeführt worden. Krankenlohn gab es bisher überhaupt nicht. Künftig gibt es einen Krankenlohn bis zu 90 Proz. des effektiven Lohnes. Die Ferien sind um vier Tage verlängert worden. Eine wesentliche Verbesserung ist auch in der Frage der Zahlung der Dienstkleidung erreicht worden. Bisher hatte das Personal die Hälfte

des Betrags beizusteuern; künftig beträgt der Anteil des Personals nur noch ein Viertel. Außerdem sind noch einige Verbesserungen erreicht worden in der Anwendung des § 616 des BGB. und in der Lieferung des Werkzeugs.

Uebersehen man also, was die Organisation bei dieser Bewegung herausgeschlagen hat, dann muß man anerkennen, daß sie für das Personal der Straßenbahn eine Reihe von Verbesserungen durchgesetzt hat, die durchaus nicht zu verachten sind. Der unermüdblichen Arbeit der Organisationsleitung ist es in erster Linie zu danken, wenn trotz allem die Bewegung mit einem teilweisen Erfolg abschließt.

Um so schärfer muß man die unqualifizierbare Haltung der R.P.D. verurteilen. Gestützt auf die „revolutionären Unorganisierten“, hat sie gegen die Funktionäre und gegen die verantwortliche Organisationsleitung eine demagogische Hege ohne Beispiel geführt. Das geht so weit, daß die „rote Fahne“ heute früh unter Parteinahrichten den Ausschluß des Betriebsratsvorsitzenden der Straßenbahn Johann Fieger „wegen „unkommunistischen Verhaltens“ mitgeteilt. In der Begründung zu diesem Ausschluß heißt es:

„Fieger hat sich wiederholt in seiner Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzender in Gegensatz zu den kommunistischen Grundfäden gestellt, und ist insbesondere während der gegenwärtigen Lohnbewegung der Straßenbahner auf der Seite der reformistischen Gewerkschaftsbureaufälle für die Verhinderung eines Kampfes um die Durchsetzung der von den Straßenbahnern aufgestellten Forderungen eingetreten und hat sich damit einer Schädigung der Arbeiterinteressen schuldig gemacht.“

Wir sind die letzten, die einer Partei das Recht absprechen wollen, nur solche Mitglieder in ihren Reihen zu dulden, die mit der Taktik und den Grundfäden der Partei übereinstimmen. Der Ausschluß Fiegers beweist aber schlagend, daß man nur dann Mitglied der R.P.D. sein kann, wenn man sich in Gegensatz stellt zu den Beschlüssen der Gewerkschaftsorganisation. Fieger hat die Gewerkschaftsorganisation in gewerkschaftlichen Dingen über die Anweisungen der Handlanger Moskows gestellt. Daß in gewerkschaftlichen Fragen die Gewerkschaft zu bestimmen hat, ist für jeden Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit; bei der R.P.D. führt das zum Ausschluß aus der Partei. Wir übergehen die beschämenden Szenen, die sich in der letzten und vorletzten Funktionärshung der Straßenbahner vor den Türen des Saales abspielten, durch die von den dunklen Handlangern Moskows abkommandierten „revolutionären Unorganisierten“. Nur der Kaltblütigkeit der Funktionäre ist es zu danken, wenn es nicht gestern zu Täuschlichkeiten gekommen ist.

Für die Straßenbahner gilt es jetzt mehr als je, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um das nächste Mal zu holen, was sie diesmal noch nicht erreichen konnten.

Ein Stahlhelmprozeß.

Herr von Alvensleben vor Gericht.

Vor dem Amtsgericht Seelow (Mark) unter Vorsitz von Amtsrichter Kapaport begann heute morgen der Prozeß gegen den im Zusammenhang mit den Arensdorfer Vorfällen vielgenannten Rittergutsbesitzer Udo v. Alvensleben wegen Verleumdung der Fürstenwalder Polizei. Es handelt sich um ein Nachspiel zu dem Volksentscheid über die Fürstenabfindung. Am jenem Tage war v. Alvensleben als Kreisleiter des „Stahlhelm“ mit einer Gruppe von Stahlhelmlieuten auf Postkraftwagen nach Fürstenwalde gekommen, um gegen den Volksentscheid zu propagieren. In der Stadt kam es dann zu Zusammenstößen mit Kommunisten, die Fürstenwalder Polizei schritt ein, und ihre Haltung gegenüber den beiden feindlichen Parteien gab dem Angeklagten Veranlassung, sich später beim Landrat darüber zu beschweren, daß die Fürstenwalder Polizei einseitig für die Kommunisten gegen den Stahlhelm Stellung genommen und daß sich der Polizeikommissar Höppler „rupelhaft“ benommen habe. Daraus wurde gegen den Rittergutsbesitzer öffentliche Anklage erhoben und Höppler als Nebenkläger zugelassen.

Bei der heutigen Verhandlung war der kleine Zuhörerraum nicht gefüllt von Freunden und Anhängern des Angeklagten. Der Angeklagte, ein schmächtiger, blasser Mann von 32 Jahren, erklärte, daß er sich sowohl über das persönliche Benehmen des Polizeikommissars Höppler ihm gegenüber wie auch über das allgemeine Verhalten der Fürstenwalder Polizei habe beschweren wollen. Die intrinsischen Neugierigen gab er zu, betonte aber, daß er nicht die Absicht der Verleumdung gehabt, sondern daß er nur Tatsachen habe feststellen wollen. Bei einer Auseinandersetzung über die eventuelle Lobung weiterer Zeugen kam es zu einem Zusammenstoß. Der Angeklagte und seine Verteidiger boten die Führung eines Wahrheitsbeweises für das von ihnen behauptete Verhalten der Fürstenwalder Polizei an, während der Verteidiger des Nebenklägers darauf hinwies, daß diese Beurteilung doch Sache der vorgesetzten Behörde sei und nicht des Gerichts. Rechtsanwalt Bloch:

„Die vorgesetzten Behörden sind doch aber „Parteilagenossen“ des Nebenklägers.“ Vor s.: „Diesen Ausdruck muß ich beanstanden, Herr Rechtsanwalt. Sie dürfen hier nicht die Behörden beleidigen.“ Polizeikommissar Höppler (erregt): „Ich gehöre überhaupt keiner Partei an, ich lasse mich hier nicht beleidigen.“ Das Gericht beschloß dann die sofortige telephonische Ladung einer Reihe von Fürstenwalder Zeugen, die auf Antrag des Polizeikommissars über jene Vorgänge gehört werden sollen. Nach Eintritt in die Beweisaufnahme wurde zunächst der zweite Verteidiger des Angeklagten v. Alvensleben, Rechtsanwalt Schenk, als Zeuge vernommen, der die Braganandofahrt des Stahlhelms auf den Autos mitgemacht hat. Er bestätigte die dauernden Steinwürfe, gegen die die Polizei nicht eingeschritten sei, auch nicht, als die Kommunisten den Stahlhelmlern die Stöße entriessen und in Gegenwart der Polizei damit auf die in den Autos Sitzenden einschlugen. Demgegenüber erklärte Kriminalkommissar Höppler, daß er selbst hinter den Autos hergefahren sei, um diese zu schützen. Auf die Beschwerde der Rengo, daß die Anwesenheit der Stahlhelmer und der Bewaffneten im Fürstenwalder Hof in der Nähe des Wahllokals eine Behinderung der Wahlhandlung bestände, ließ er, habe er den Leiter der Kundgebung ersucht, ihren Versammlungsort zu räumen, was auch ohne Anarisse statt erfolgte. Später seien die Autos auf eine Anzeige, daß dort Munition und Waffen mitgeführt würden, untersucht worden, wobei die Polizeibeamten sich die höhnlichen Redensarten der Stahlhelmer gefallen lassen mußten. v. Alvensleben habe ihn, Höppler, dabei fast umgarnt. Man habe dann auf den Autos geladene Pistolen, Gummi- und Pfeile, Kerze und Stöcke gefunden. Im übrigen seien die Autos überall, wo Polizei zur Stelle war, gesteckt und verklebte der angreifenden Kommunisten stillert worden. Die ihn von dem Anwesenheit in den Mund gelegten Neugierigen und Anordnungen bestritt der Polizeikommissar energisch. Ein generelles Strohverbot habe damals in Fürstenwalde für Demonstrationen allerdings nicht bestanden.

Was man aus Liebe tut . . .

Um einem Augenkranken zu helfen!

Eine eigenartige Auktion hat der große Diebstahl gefunden, den in der Zeit vom 26. bis 29. August dieses Jahres eine 25 Jahre alte Hausangestellte Erna Löwenau bei ihren Arbeitgebern im Westen der Stadt verübte. Erna Löwenau war dort seit mehreren Jahren in Stellung. Sie zeigte literarische Neigungen und vertehrte ausschließlich mit Künstlern. Ihr einwandfreies Verhalten hatte ihr volles Vertrauen eingebracht. Um so größer war die Enttäuschung der Arbeitgeber, als sie bei der Rückkehr von einer längeren Reise die Angestellte nicht mehr antrafen. Das Mädchen war einige Tage vorher verschwunden und hatte für 20000 M. Wäsche, Pelze, Schmuck und Wertgegenstände mitgenommen.

Beamte der Dienststelle C. L. die sofort die Nachforschungen aufnahmen, fanden bei Pfandleibern und kleinen Juwelieren Schmuckstücke und einzelne Perlen einer langen Kette, die verkauft worden waren, zum Teil von der Löwenau selbst, zum Teil von einem Manne, in dem dann ein 26 Jahre alter aus Bredersholm im Kreise Riel gebürtiger stellungloser Bauarbeiter Dietrich Münster ermittelt wurde. Einmaliges kam nun Fräulein Löwenau wieder zu einem Pfandleiber, um Perlen zu verkaufen. Hierbei wurde sie festgenommen. Wie sie verhielt, hat sie die wertvollsten Sachen nur aus Liebe zu Münster gestohlen. Dieser sprach eines Tages in der Wohnung vor, fragte über seine Rollage und bat um eine kleine Gabe. Sie ließ ihn ein, gab ihm zu essen und auch aus Mitleid ihr Geld, was sie in der Tasche hatte. Da er so gut empfangen worden war, so kam Münster öfter wieder, und das Ergebnis dieser Besuche war, daß Erna Löwenau ihm ihre Liebe gestand, obwohl sie wußte, daß er verheiratet ist. Nachdem sie erfahren hatte, daß ihr Geliebter schwer krankenkrank ist, kann sie auf Mittel und Wege, ihm zu einer Kur in Davos zu verhelfen. Da sie keinen anderen Weg dazu fand, beschloß sie, der Dienstherrenschaft die großen Werte zu stehlen, um sie für den Kranken zu Geld zu machen. Aus der Reise nach Davos wurde aber trotzdem nichts. Auf Vorschlag Münsters fuhr das Paar zunächst nach Hamburg, dann nach Bremen, Lübeck, Hannover, Dresden, Leipzig und Breslau. Überall hielt es sich nur kurze Zeit auf, und in jeder Stadt machte es ein wenig Schmuck oder Wertgegenstände. Zur Abwechslung ließ Münster seine Geliebte hier und da auch einmal allein und ging unterdessen „auf die Bettel-tour“. Während dieser Zeiten standen die beiden stets in Briefwechsel, bis sie wieder zusammentrafen. Endlich kamen sie nach Berlin zurück, wo dann Erna Löwenau festgenommen wurde. Auch Münster hält sich noch unbekannt in Berlin auf.

Auch ein Verkehrshindernis.

Eine tolle Geschichte, die man kaum für glaublich halten sollte, trug sich heute vormittag am Schönberger Ufer in der Nähe des Oberbahnhofs zu. Ein betrunkenen Mann stolperte auf dem Fahrdamm umher und legte sich flüchtig auf die Straßenbahnspur. Der Führer einer heranrollenden Straßenbahn konnte gerade noch im letzten Augenblick ein Unglück verhindern. Mit Mühe gelang es, den Betrunknen vom Fahrdamm herunterzubringen. Raum aber hatte die Straßenbahn ihren Weg fortgesetzt, da warf er sich abermals vor einen Straßenbahnwagen. Dieses Manöver wiederholte er noch etwa sieben bis achtmal. Endlich kam jemand auf den Gedanken, einen Schupoamten zu holen, um vieler Leute ein Ende zu machen. Mittlerweile hatte jedoch von 10.30 bis 11.15 Uhr in der Köthener, Rottweiser, bis hinauf zur Bismarck- und Potsdamer Straße der Straßenbahnverkehr. Schupoamte nahmen den Trunkenbold dann endlich fest und brachten ihn zur nächsten Revierwache, wo er in der Halle seinen Rausch ausschütten kann. Er wurde als ein 34jähriger Korhoffhändler D. aus Berlin S.W. festgestellt. Der Vorfalle wird für D. wahrscheinlich eine Anklage wegen großen Unfug nach sich ziehen.

Der verschiedene Dyanflug. Der für heute angeplante Start des Dunters-Wasserflugzeuges zum Dyanflug ist infolge des schlechten Wetters verschoben worden.

Die Brauereibesitzer suchen Streikbrecher.

Sie finden sie aber nicht.

Die Berliner Brauereibesitzer haben sich bei früheren Gelegenheiten gern ein soziales Mäntelchen umgehängt und versucht, bei ihren Arbeitern den Anschein zu erwecken, daß sie ein größeres Verständnis für die Nöte ihrer Arbeiter hätten als sonst die Privatunternehmer. Ihr wahres Gesicht zeigen sie aber bei diesem Lohnkampf. Sie geben sich gar keine Mühe, den von ihnen herausbeschworenen Konflikt auf dem Wege der Verständigung beizulegen, sondern greifen zu Scharfmachermethoden.

Ihr Bestreben geht dahin, die Betriebe durch Streikbrecher wieder in Gang zu bringen. Da die Notstandsarbeiten von den Streikenden selbst ausgeführt werden, bietet sich für die technische Nothilfe kein Grund, hier einzuspringen. Man geht deshalb dazu über, in der Provinz Arbeitswillige für die Berliner Betriebe anzuwerben. Ein Erfolg ist den Unternehmern dank der Solidarität der Brauereiarbeiter in der Provinz bisher nicht beschieden worden.

Was über dieses Vorgehen das Publikum denkt, von dem die Brauereien schließlich nur existieren, ist den Unternehmern anscheinend höchst gleichgültig, ebenso auch, ob ihre Arbeiter von den Löhnen menschenwürdig leben können. Es ist doch nicht zu bestreiten, daß die Brauereien nicht in Bier, aber im Gelde förmlich schwimmen. Ein Blick in die Kurozettel beweist, daß die Brauereien sehr wohl in der Lage sind, die Arbeiter an ihren Gewinnen teilnehmen zu lassen und den Konflikt durch ein Eingehen auf die Forderungen aus der Welt zu schaffen.

Warum dieses Werben von Streikbrechern? Die Brauereiarbeiter sind jederzeit bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn man ihnen die zum Leben notwendigen Löhne zahlen will. Die Empörung der Brauer über die unzulänglichen Angebote der Unternehmer war kein Strohhalm. Der Beschluß war der wohlüberlegte Willensausdruck, den Streik ungeachtet aller Sabotageakte der Unternehmer bis zum Erfolg durchzuführen.

Wie man entlassen wird.

Vor dem Arbeitsgericht wurde gegen die Konfitürenfirma Fabender wegen der Entlassung einer Schokoladenarbeiterin verhandelt. Es stellte sich hierbei heraus, daß der Schokoladenmeister Beck eine Arbeiterin ohne gesetzlichen Grund angeblich „wegen frechen Benehmens“ zur Entlassung brachte. Wie oberflächlich Direktor Wölter in diesem Falle handelte, indem er der Entlassung stattgab, beweist der Umstand, daß er auf Betragen des Gerichts nicht einmal die Versicherung, in welcher das „freche Benehmen“ der Klägerin erblickt werden sollte, auch nur in der geringsten Form angegeben hat.

Nach den Ausführungen des Klagedektreters vom Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband ist dieser Meister Beck

der Arbeiterschaft des Betriebes als ungerecht, parteiisch und leicht erregbar bekannt. Indem der Meister Beck gleichzeitig als Vertrauensmann des „Christlichen Verbandes“ freigewerkschaftliche Arbeiterinnen benachteiligt und die wenigen christlich organisierten bevorzugt, ist hier ein typischer Fall von Mißbrauch der Vorgesetztenmacht gegen wehrlose Untergebene zu verzeichnen.

Das Arbeitsgericht stand in diesem Fall, wie es nicht anders sein konnte, auf Seiten der ungerecht behandelten Arbeiterin und beehrte Herrn Direktor Pf. entsprechend. Für die Arbeitsgerichtsbarkeit ist der Fall, wo der keine Vorgesetztenmacht missbrauchende Meister als Zeuge des Unternehmers vernommen wird, für die Spruchpraxis der Arbeitsgerichte unhaltbar. Daß natürliche Rechtsgefühl verlangt, daß solche Meister oder Vorgesetzte, wie in diesem Fall, doch nur als Partei und nicht als unparteiische Zeugen betrachtet werden können.

Das Schlaraffenland der Kapitalisten.

Allgemeine Lohnherabsetzung in Mussolini.

Rom, 4. Oktober.

In einer Sitzung des Direktoriums der faschistischen Partei teilte Turati mit, daß eine Herabsetzung der Löhne in der italienischen Industrie ins Auge gefaßt werden müsse, um die Produktionskosten der Bewertung des Pfund Sterling mit 90 Lire anpaßten zu können. Mussolini erklärte, er habe Turati beauftragt, der Syndikatsversammlung am nächsten Donnerstag die Bestimmungen mitzuteilen, die für weitere Lohnherabsetzungen maßgebend sein sollen. Diese Lohnherabsetzungen würden für die einzelnen Industrien und Provinzen verschieden sein, jedoch mindestens 10 Proz. betragen.

Mussolini legte sodann das Programm der Feier des fünften Jahrestages des Marsches auf Rom dar, die in ganz Italien veranstaltet werden wird. Mussolini wird aus diesem Anlaß eine Proklamation an das Land richten und eine Parade der faschistischen Märsche abnehmen. Faschistische Kundgebungen und Sportkämpfe werden sich anschließen. (Die Arbeiter können sich dabei als Hungerkünstler produzieren.)

Zum Lohnstreik in der sächsischen Textilindustrie.

Chemnitz, 4. Oktober. (TU.)

Wie der Arbeitgeberverband in der sächsischen Textilindustrie auf Anfrage mitteilt, haben die Unternehmer dem am 27. September gefällten Schiedsspruch zugestimmt. Da die Arbeiter bekanntlich den Schiedsspruch abgelehnt haben, muß (?) nunmehr beim Reichsarbeitsministerium in Berlin die Verbindlichkeit beantragt werden. Zu diesem Zwecke muß das Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen zwischen den beiden streikenden Parteien einleiten, was bereits in den nächsten Tagen geschehen dürfte.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Tropenanda-Einheitspreise bringt jetzt das bekannte Großhandelshaus Schönbach, Münchstr. 23 und Kolonnenstr. 14 in den Preisen: 5,90, 7,75, 9,75, 12,50 und 16,50. Diese Preise sind die niedrigsten der heutigen Geldmarkten seit mit ihren geradezu fabelhaft billigen Preisen für gute Ware angepaßt. Die unendlich große Anzahl der angebotenen Modelle und das bekannte große Lager ist ein Beweis für die ungeheure Leistungsfähigkeit dieser Firma.

Das Kaufhaus Wilhelm Joseph in Schöneberg feiert sein 35. Geschäftsjubiläum. Aus dieser Veranlassung wird der Jubiläumserwerb gefördert. Unerreichte Leistungsfähigkeit, tiefste Auswahl bei billigen Preisen sichern dem Kaufhaus Wilhelm Joseph vom Tage seiner Gründung an das Vertrauen und die Zuneigung der Kundenschaft.

Beamtenschrift für Politik: Dr. Carl Geiger; Wirtschaft: G. Klingebiel; Gewerkschaftsbewegung: H. Götze; Revue: Dr. John Schönbach; Totales: und Sonstiges: Reichs-Rat; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

KINO-TAFEL

Programm für die Zeit vom 4. bis 6. Oktober

Viktoria-Lichtbildtheater Frankfurter Allee 43
Die Hose
Ferner: Bühnenschauspiel

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Svengali

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99
Der Weltkrieg
Jugendliche haben Zutritt.
Unter Mitw. d. Max Widmer'schen Gesangsvereins.

BTL, Rheinstr. 14 (Friedenau)
Die selige Exzellenz
Lustspiel mit
Otra Tschschowa - Willy Fritsch

Passage-Lichtspiele, Neukölln, Bergstr. 151/52
Metropolis
Ferner: Bühnenschauspiel

Odeon, Potsdamer Str. 75
Svengali
mit: Paul Wegener - Anita Dorris

BTL, Potsdamer Str. 38
Der Fürst von Pappenheim
Lustspiel mit Mona Maria, Werner Fütterer, Junkermann

BTL, Turmstr. 12
Das Geheimnis der alten Gräfin
(Pique-Dame)

BTL, Alexandersstr. 39/40 (Passage)

Orient-Express

mit Lil Dazover - Walter Rilla und das gute Holzprogramm

Es lohnt sich zwei Etagen zu steigen!
Durch Ersparnis hoher Ladenmiete
Qualitätsware äußerst billig!
Gardinen, Stores, Bett-, Tisch- und Divandecken
Gardinenhaus Alfred Walter
Neukölln, Selchowerstr. 6 II. Etage, kein Laden!
Telefon: P 2 2529
direkt Untergrundbahn Boddinstraße

Bevor Sie Tapeten kaufen!
müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma
Tapeten-Stahlke
Lindower Straße 3
im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.
4 Schaufenster lichtbeständige Tapeten mit billigen Engrospreisen überzeugen.
Durch wasserdichten Anstrich 40% Ersparnis! - Der weisse Weg lohnt!

Hubertusbader
Quellsalz
das rein natürliche **Calciumsalz**
Hervorragend bewährt bei Stoffwechsellkrankheiten, wie: Gicht, Zuckerkrankheit, Fettsucht
Zu haben in allen Apotheken und Drogerien!
Originalpackung Mk. 3.-

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegener Ausführung kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hof part. Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Jubiläum Verkauf

1892 35 1927

Der riesenhafte Erfolg meines 35. Geschäftsjubiläum gibt mir Veranlassung mit dem Verkauf nur guter Qualitätswaren zu billigen Preisen fortzufahren!

Jeder Kunde erhält ein Geschenk!

Seide
Jacquard Kunstl. Seide mit B'Wolle, 95 Pz. beste Farben Mtr.
Duchesse Kunstl. Seide mit B'Wolle halb, Mantel und Jackenfutter, Mtr. 2 45
Taffet-Chiffon einfarbig u. gemust. f. mod. Composé, Mtr. 4 95
Veloutine Seide m. Wolle, elegante Qualität, moderne Farben . . Mtr. 7 80

Kleiderstoffe
Ombre künstliche Seide, für den modernen Pullover Mtr. 95 Pz.
Schotten reine Wolle, geschmackvolle Zeichnung Mtr. 1 85
Rips-Popeline 130 breit, reine Wolle, Herbstfarben . . . Mtr. 3 40
Velour de laine ca. 140 breit, reine Wolle, bewährter Winterstoff Mtr. 4 80

Putz
Fescher jugendlicher Hut 3 95 gesteppt
Samthut sehr schön mit Federgesteck . . 4 95
Filzhut feste Handgarnitur 6 95
Frauenhut in Samt, moderne Steppart . . 9 95

Schweiß-Socken sehr preiswert 85, 65 **48 Pz.**

Herren-Normal-Beinkleider 1 95, 1 85 **1 45**

Herren-Normal-Hemden 2 05, 2 25 **1 75**

Damen-Unterzieh-Woll-Strümpfe 1 95, 1 85 **1 45**

Damen-Schlupf-Beinkleider mangelrauh Futter, viele Farben 2 45, 1 95 **1 75**

Oberhemd versch. Farben Zephyr mit Kragen **3 95**

Damen-Schirm mit farb. Bordüre, H-Seide, in braun und blau **7 90**

Herbst-Mantel reinwoll. Pantalonstoff, seitliche Falten 9 75
Backfisch-Paletot guter V. modern, pelzartig, Kragen und Manschetten 18 50
Herbst-Mantel gutes Tuch, Frauenform, in großen Weiten 29 50
Herbst-Mantel reinw. Rippe, auf Damend. Trese-Garnitur, pelzart. Kragen u. Manschetten 46 50

Konfektion
Nachmittags-Kleid reinwoll. Popeline, versch. Farben 8 75
Jumper-Kleid reine Wolle, mod. Stickerei, Plisse-Rock 12 75
Stil-Kleid Taffet, Pastell-Farben, Rücken und Handrücken garnitur 19 75
Nachmittags-Kleid Crêpe de Chine Rock mit Volants, in schönen Modelfarben 24 50

Jumper-Bluse mod. Pulloverstoff, gute Qualität zum schlüpfen oder knöpfen 2 95
Jumper-Bluse K-Seiden Ombre, gute Qualität . . 3 95
Pullover Jaquard Qualität, in schönen Farben 6 95
Damen-Jacke reine Wolle, mit kunstseid. Effekt, Kragen schwarzer Wolle 12 50

Leinen
Wäschebatist rein Mako Qualität, 80 cm breit, Meter 85 Pz.
Handtücher vollgeblickt, besonders gute Qualität 85 Pz.
Bett-Bezüge ca. 2 m lang, zum Knöpfen . Stück 3 95

Wäsche
Nachthemd Kimonoform, solide Qualität, mit Klappspitze garniert 2 95
Garnitur Stellig, Taghemd, Beinkleid, gutes Wäschezeug 3 75
Hemdbeinkleid künstl. Seide, moderne Form Spitzen garnitur 3 50

Joseph
Schöneberg, Hauptstraße 163

Künstler-Garnitur Etamine, Stellig mit Klappel **4 75**

Stoppdecke doppelseit. Satin, Handarb., 1/2 Wollfüllung **16 50**

Linoleum-Teppich aus Rehrasten, 200/300 moderne Druckmuster . . . **19 50**

Woll-Tapestry Britton, Gewebe ca. 200/300 . . . **39 00**